



Unterstützung für die Sahelregion – Die Stabilität Nord- und Westafrikas ist im deutschen Interesse

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 12. Mai 2020

Afrika ist Europas Nachbarkontinent. Chancen und Herausforderungen, die sich aus der Entwicklung Afrikas ergeben, betreffen uns direkt. Vor allem in der Sahel-Zone haben sich in den letzten Jahren in aller Deutlichkeit die Risiken und Herausforderungen gezeigt. Der Sahel (für dieses Positionspapier wird der Sahel als jene Region definiert, die die Staaten Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad umfasst) ist nicht nur für die Stabilität Nord- und Westafrikas, sondern auch für die langfristige Sicherheit Europas von zentraler Bedeutung. Er bildet eine geographische, aber auch kulturelle, wirtschaftliche und politische Brücke zwischen den Maghreb-Staaten im Norden und den Küstenländern des Golfs von Guinea. Die Übergänge in beide Richtungen sind fließend und die Grenzen zwischen den Ländern kaum zu kontrollieren und damit durchlässig.

Anhaltende Konflikte, islamistischer Terrorismus, schlechte Regierungsführung in einigen Ländern, hohes Bevölkerungswachstum, immer häufigere und schwerere Extremwetterereignisse und eine fehlende nachhaltige Entwicklung drohen die Region weiter zu destabilisieren. Die Bewältigung der Corona-Krise wird die Region absehbar vor enorme Herausforderungen stellen und zu neuen Entwicklungshemmnissen führen. Zukunftsperspektiven für die junge Bevölkerung verschlechtern sich rapide. Auch religiöse Intoleranz schafft Nährboden für blutige Konflikte. Setzt sich diese aktuelle negative Entwicklung im Sahel wie bisher fort, besteht die Gefahr einer Destabilisierung Gesamt-Westafrikas und angrenzender Regionen - mit allen Konsequenzen, die dies für die Menschen vor Ort und für Europa bedeuten könnte: Eine weitere Verstärkung terroristischer Aktivitäten Nordafrikas und damit eine Destabilisierung der direkten Nachbarschaft der Europäischen Union (EU), eine weitere Ausweitung von Operations- und Rückzugsräumen für Terroristen und terroristische Gruppierungen wie dem IS oder Al Qaida, sowie ein Anstieg von Fluchtbewegungen und illegaler Migration. Aktuell droht dort das Entstehen von riesigen rechtsfreien Räumen für Aktivitäten der organisierten Kriminalität in Europas unmittelbarer Nachbarschaft. Schon jetzt verlaufen wichtige Routen des Drogenschmuggels und der illegalen Migration nach Europa über Westafrika.

I. Die Sahelregion als Schlüssel für ganz Nord- und Westafrika

Dieser negative Trend betrifft alle Staaten des Sahel, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, und strahlt darüber hinaus. Gerade die Lage in Burkina Faso und Niger sowie in der Tschadseeregion hat sich jüngst verschlechtert. Auch der Konflikt mit den Terrormilizen im Nordosten Nigerias destabilisiert grenzüberschreitend die gesamte Region. Es gibt bereits erste Anzeichen für ein Übergreifen der

Instabilität auf die Küstenstaaten Westafrikas (u.a. Benin, Ghana, Côte d'Ivoire oder auch Senegal).

Mit gezielten Attacken auf Camps der malischen, burkinischen und nigrischen Streitkräfte haben terroristische Gruppen gezeigt, dass sie willens und in der Lage sind, komplexe Operationen durchzuführen. Die Streitkräfte der Sahelstaaten sind bislang nicht in der Lage, diesen Attacken erfolgreich zu begegnen. In Mali und Burkina Faso sind weite Landesteile nicht mehr unter Kontrolle der Sicherheitskräfte, staatliche Verwaltungseinrichtungen sind seit langem nicht mehr präsent; Schulen sind geschlossen, die Zahl der Binnenvertriebenen steigt dramatisch. In der Folge der Konflikte gibt es alleine in Burkina Faso mittlerweile über 800.000 Binnenvertriebene.

Die meisten Menschen im Sahel haben nur begrenzte wirtschaftliche Perspektiven, die heute vor allem im agrarwirtschaftlichen Bereich und im informellen Sektor liegen. Die hohe Geburtenrate steigert die Herausforderungen auch für die Ernährungssituation sowie das Bildungs- und Gesundheitswesen, welche bereits vor der Corona-Pandemie große Defizite aufwiesen und auch im regionalen Vergleich weit hinter anderen Ländern in West- und Zentralafrika zurückstehen. Junge Frauen haben wenig Zugang zu ausreichender arbeitsmarktrelevanter Bildung und Beschäftigung. Armut, Perspektivlosigkeit und fehlende Bildungschancen erhöhen das Konfliktpotential in der Region. Die Regierungen und Verwaltungsstrukturen der Sahelstaaten sind zu wenig leistungsfähig und aufgrund der gravierenden Herausforderungen auch damit überfordert, aus eigener Kraft ausreichend Dienstleistungen zu erbringen sowie Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten.

Da diese Entwicklungen auch uns in Europa unmittelbar betreffen, liegt es im europäischen Interesse, die Staaten der Sahelzone und ihre Gesellschaften durch einen gemeinsamen Beitrag der internationalen Gemeinschaft zu unterstützen, damit sie diesen Herausforderungen wirksam entgegentreten können. Dies erfordert ein intensiviertes Engagement der internationalen Gemeinschaft im Sahel und in den Anrainerstaaten, das in einem integrierten Ansatz zu einem wirksamen und komplementären Einsatz der zivilen und militärischen Instrumente führt. Deutschland sollte sich hier aus eigenem Sicherheitsinteresse spürbar engagieren.

Gleichzeitig ist klar, dass der Schlüssel für eine nachhaltige und friedliche Entwicklung der Region bei den staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren vor Ort liegt und deutlich erhöhte Eigenanstrengungen, etwa für eine dauerhafte politische Beilegung der Konflikte, umfassende Reformen und Effizienzsteigerungen der staatlichen Strukturen und den Aufbau inklusiver Gesellschaften, erfordert.

II. Die G5 und das internationale Engagement im Sahel

Die fünf Länder Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad haben sich 2014 zur G5 Sahel-Gruppe zusammengeschlossen, um eine gemeinsame entwicklungs- und sicherheitspolitische Antwort auf die grenzüberschreitenden Herausforderungen zu geben. Dieser Zusammenschluss hat sein volles Potenzial aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft und muss dringend effizienter werden. Hierfür benötigen die G5 Staaten weiterhin eine starke Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft, aber auch den klaren politischen Willen ihrer jeweiligen Regierungen und Staatsoberhäupter in Bezug auf Reformen und Eigenengagement.

Im Juli 2017 wurde am Rande des Deutsch-Französischen Ministerrats die „Sahel-Allianz“ ins Leben gerufen. Ziel der Allianz ist es, eine Plattform für verbesserte und erweiterte Entwicklungs- und Stabilisierungsmaßnahmen zu schaffen sowie sich geberseitig in sechs thematischen Schwerpunktbereichen (Jugendbeschäftigung, Landwirtschaft/ländliche Entwicklung, Klima/Energie, Regierungsführung, Dezentralisierung und Grunddienste, zivile Sicherheit sowie zusätzlich in Querschnittsthemen wie „Gender“ und Privatsektor) wirksamer zu koordinieren. Darüber hinaus soll die Kooperation mit den G5 Sahel gestärkt werden. Die Sahel-Allianz vereint alle großen Geber in der Sahel-Region, ihre Mitglieder verfügen derzeit über ein Portfolio an laufenden und konkret geplanten Vorhaben in diesen Bereichen von 11,6 Mrd. Euro (2018-2022). Die Sahel-Allianz hat den entwicklungspolitischen Dialog zum Sahel gestärkt und 2018 ein Nothilfeprogramm im Bereich Wasser/Sanitär im Umfang von 266,3 Mio. EUR aufgesetzt. Zukünftig sollen vermehrt gemeinsame Projekte der Sahel-Allianz-Mitglieder umgesetzt werden.

Die Europäische Union hat mit einem ersten Gipfel in Brüssel im Februar 2018 gemeinsam mit den Vereinten Nationen und den G5 weitere internationale Aufmerksamkeit für die Region generiert und finanzielle Unterstützung für Sicherheit und Stabilität in der Region gesichert. Bei ihrer von der EU und der Sahel-Allianz unterstützten Konferenz im Dezember 2018, haben die G5 auch erhebliche zusätzliche Mittel für Entwicklung und ihr prioritäres(ziviles) Investitionsprogramm mobilisiert.

Im Rahmen des G7-Gipfels in Biarritz Ende August 2019 haben Deutschland und Frankreich die Initiative ergriffen, die Unterstützung der nationalen Streitkräfte der Sahel-Staaten noch effizienter zu gestalten und vorhandene Fähigkeitslücken zu schließen. Dafür wurde die „Partnerschaft für Sicherheit und Stabilität im Sahel“ (P3S) ins Leben gerufen. Zudem soll die Koordinierung der unterschiedlichen internationalen Missionen, wie MINUSMA, EUTM Mali und EUCAP Sahel Mali, sowohl untereinander als auch mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft

(ECOWAS) und den Ländern des Golfs von Guinea gestärkt werden. Denn terroristische Gruppen (*Jama'at Nasr al-Islam wa al-Muslimin/JNIM, Islamic State in Greater Sahara/ISGS*) strecken ihre Fühler bereits in die nördliche Côte d'Ivoire oder auch nach Benin aus. Ein Übergreifen der Instabilität droht. P3S ergänzt die entwicklungspolitische Koordination der Sahel-Allianz im sicherheitspolitischen Bereich. Hierdurch sollen insbesondere auch die nationalen Sicherheitskräfte wie die Polizei gestärkt werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Region Westafrika auch von einer Prioritätsverschiebung der US-Außenpolitik betroffen ist und eine Verringerung der US-Truppen-Präsenz in Westafrika im Raum steht. China dagegen baut seit Jahren seine Präsenz in Westafrika aus und auch andere internationale Akteure (wie z.B. Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate) sind in der Region aktiv.

Frankreich ist unter den europäischen Staaten traditionell besonders aktiv in der Region. Auf einem Gipfeltreffen mit den Sahelstaaten und einigen ausgewählten internationalen Partnern in Pau Mitte Januar 2020 hat Frankreich die Notwendigkeit eines weiteren verstärkten internationalen Engagements im Rahmen einer „Koalition für den Sahel“ unterstrichen. Um notwendige Kohärenz mit vorhandenen Initiativen sicherzustellen, ist es wichtig, andere Partner, wie Deutschland und die EU sowie weitere Beteiligte, eng in die weitere Ausgestaltung der Koalition einzubinden.

Deutschland beteiligt sich bereits in erheblichem Maße am Engagement der internationalen Gemeinschaft - sowohl entwicklungs- wie auch sicherheitspolitisch, u.a. durch die Sahel-Allianz sowie mit Einsatzkontingenten der Bundeswehr und durch Mittel im Rahmen der Ertüchtigungsinitiative.

Die deutsche entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist über GIZ und KfW, die EU und das VN-System gleichfalls mit umfangreichen Projekten, vor allem in Burkina Faso, Mali und Niger, aber auch in vielen Anrainerstaaten wie Guinea, Togo, Benin oder Côte d'Ivoire aktiv.

Mit Dezentralisierungsprojekten fördert sie das Vertrauen in den Staat auf kommunaler Ebene sowie die Bereitstellung von Basisgrundleistungen (Bildung, Gesundheit, Infrastruktur). Durch Infrastrukturprojekte wird der Zugang zu Wasser gestärkt. Über die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft wird ein Beitrag zur Beschäftigungsförderung und Ernährungssicherung und damit zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit geleistet. In besonders ernährungsunsicheren Regionen wird durch Übergangshilfe die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung durch das UN-Welternährungsprogramm und UNICEF gestärkt. Über die Weltbank wird die soziale Sicherung der Bevölkerung gegen den Klimawandel unterstützt. Darüber hinaus hat das BMZ kürzlich den Vorsitz der Steuerungsgruppe der Sahel-Allianz

übernommen und engagiert sich für einen intensivierten entwicklungspolitischen Dialog mit den G5 sowie für mehr gemeinsame Projekte im Rahmen der Sahel-Allianz auf Grundlage eines 4-Punkte-Plans mit Maßnahmen zur Stärkung staatlicher Kapazitäten, Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung in den Bereichen soziale Sicherung und Ernährung sowie der Schaffung von Lebensperspektiven durch Bildung und Beschäftigung, und durch die Stabilisierung der benachbarten Küstenstaaten.

Die Bundeswehr ist sowohl im Rahmen der MINUSMA und der EUTM Mali als auch mit bilateralen Ausbildungsprogrammen engagiert und setzt dabei auch Hochwertfähigkeiten wie z.B. die unbemannten Luftfahrzeuge HERON 1 ein. Dieser Einsatz muss aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion fortgesetzt und sollte im Lichte der Entwicklungen angepasst und schlagkräftiger werden. Darüber hinaus beteiligt sich Deutschland gegenwärtig mit Polizistinnen und Polizisten an den Missionen MINUSMA und EUCAP Sahel Niger. Ziel ist es, die Sicherheitsinstitutionen, hier insbesondere die Polizeibehörden, beim nachhaltigen Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen zu unterstützen. Diese Beteiligung wird außerdem durch deutsche Haushaltsmittel sowie bilateralen Ausbildungshilfen zur projektorientierten Umsetzung von Maßnahmen flankierend unterstützt. Das polizeiliche Engagement Deutschlands muss aus Sicht der CDU/CSU Fraktion ebenfalls fortgesetzt und eine stärkere Beteiligung angestrebt werden.

Die Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft in der Region haben trotz einiger Errungenschaften eine weitere Destabilisierung der Region bislang nicht verhindern können. Trotz des Engagements im Rahmen der französischen Militäroperation SERVAL 2013 gegen islamistische Terroristen in Mali, der anschließenden Entsendung der multilateralen VN- und EU-Missionen sowie der französischen Anti-Terroroperation BARKHANE hat sich die Lage in der Region weiter verschärft und der Konflikt ist von Nord- und Zentralmali nach Burkina Faso und Niger übergeschwappt. Auch wenn die Entsendung der internationalen Missionen richtig ist und sich die Situation ohne die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft absehbar schlechter entwickelt hätte: Eine Besserung oder gar eine Trendwende ist bisher nicht erkennbar.

Die hohe Anzahl vor Ort aktiver Akteure macht die Koordination zwischen diesen und den multilateralen Organisationen sehr komplex. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass auch das Engagement der EU immer noch zu häufig von langwierigen und komplexen Abstimmungsprozessen geprägt ist; eine Tatsache, die auch dazu führt, dass die Staaten der Region bilaterale Zusammenarbeit bevorzugen.

III. Rahmen für ein verstärktes Engagement in der Sahel-Region

Vor dem Hintergrund der genannten Herausforderungen sieht die CDU/CSU-Fraktion die dringende Notwendigkeit für ein verstärktes und effizienter koordiniertes Engagement der internationalen Gemeinschaft, der EU und Deutschlands in der Sahel-Region. Dies dient auch dem wichtigen Ziel der Fluchtursachenbekämpfung. Denn anhaltende Instabilität und die Ausweitung rechtsfreier Räume haben potenziell erhebliche negative Auswirkungen. Die Herstellung von Sicherheit, Stabilität und Entwicklung dort liegt darum im zentralen Interesse Europas und ganz klar auch im nationalen Interesse Deutschlands.

Daher spricht sich die CDU/CSU-Fraktion für folgendes Vorgehen aus:

1. Die Europäische Union sollte sich im eigenen wohlverstandenen Interesse zusammen mit anderen Partnern der internationalen Gemeinschaft noch stärker für die Stabilisierung und Entwicklung des Sahels einsetzen. Ein stärkeres Engagement in der Region sollte darüber hinaus auch die Staaten Nord- und Westafrikas im Blick haben. Länder wie Senegal, Côte d'Ivoire oder Ghana sind mögliche Stabilitätsanker – sicherheitspolitisch und wirtschaftlich – und sollten daher präventiv Teil eines umfassenden Ansatzes sein. Dabei bieten die bestehenden entwicklungspolitischen Reformpartnerschaften und weitere Kooperationsformate mit diesen Ländern einen guten Rahmen.
2. Dementsprechend sollte sich Deutschland dafür einsetzen, dass die Sahel-Region im Sinne des vernetzten Ansatzes und im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union noch mehr Beachtung und eine höhere Priorität erfährt, und dass dafür eine gemeinsame, umfassende Strategie der EU entwickelt wird. Hierzu bedarf es eines balancierten und vernetzten Ansatzes, der die politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten mit den notwendigen militärischen Maßnahmen verzahnt.
3. Die Sahelstaaten selbst müssen ihre Zusammenarbeit untereinander verbessern, sowohl national wie auch auf Ebene der G5 Staaten und im Rahmen der ECOWAS. Auf nationaler Ebene sind fehlende Absprachen zwischen den betroffenen Entscheidungsträgern und Ministerien unübersehbar, es fehlt häufig an politischer und operativer Steuerung, sowie der Ausarbeitung lokaler Lösungen und der Wahrnehmung von Eigenverantwortung, etwa im Hinblick auf die Überwindung von Entwicklungshemmnissen oder Reformen der nationalen Sicherheitssektoren der G5-Staaten. Insofern sollte es ein wichtiger Ansatzpunkt für das

europäische und deutsche Engagement sein, die Koordinierung der unterschiedlichen Akteure zu fördern.

4. Zudem sollten im Sinne des „vernetzten Ansatzes“ zivile und sicherheitspolitische Initiativen in der Sahelregion stärker Hand in Hand arbeiten. Die Vielzahl der Akteure vor Ort – MINUSMA, EU, BARKHANE, internationale und bilaterale Geber – muss stärker koordiniert und zielgerichtet vorgehen sowie auf die lokale Bevölkerung zugehen. Die Gründung der „Sahel-Allianz“ war hierfür auf dem Gebiet des zivilen Engagements ein wichtiger erster Schritt. Zukünftig sollten unter starker Einbindung der G5 Sahel noch mehr gemeinsame Projekte umgesetzt werden, um die Geberkoordinierung weiter zu vertiefen. Auch im sicherheitspolitischen Bereich ist eine intensivierete Abstimmung notwendig.

5. Um das vielfältige internationale Engagement besser aufeinander abzustimmen und es damit effektiver und zielgerichteter zu machen, sollte die Bundesregierung eine internationale Konferenz möglichst vieler Akteure anberaumen. Dies könnte zusammen mit einer Partnernation, etwa Frankreich, zusammen mit der EU, vor allem aber unter engster Einbindung der Staaten vor Ort erfolgen.

6. Die Unterstützung der Sahelstaaten sollte noch mehr als bisher mit klar formulierten Erwartungen verknüpft werden und es müssen klare Prioritäten gesetzt werden. Zielvereinbarungen mit den nationalen Partnerregierungen sollten die internationalen Unterstützungsleistungen an Fortschritte bei guter Regierungsführung knüpfen.

7. Mit Blick auf die instabile Sicherheitslage, die fragilen Staaten der Region und das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in Militär und Polizei auch aufgrund schlechter Ausbildung und wiederholter Menschenrechtsverletzungen muss die landesweite Stärkung staatlicher Strukturen das oberste Ziel der internationalen Gemeinschaft und damit auch des deutschen Engagements sein. Dies reicht von den Kapazitäten staatlicher Institutionen und Sicherheitskräfte (Streitkräfte, Gendarmerie, Polizei, Justiz, Vollzug) über die Territorialverwaltung bis hin zur Stärkung kommunaler Strukturen zur Verbesserung der Basisversorgung. Die Rolle der nationalen Korruptionsbekämpfungsbehörden muss sichtbar gestärkt werden. Mit Wirtschaftswachstum und einer kontinuierlichen Verbesserung der Widerstandsfähigkeit, z.B. gegen Ernährungsunsicherheit, und des Gesundheits- und Bildungswesens, kann auch in diesen Ländern die von den Regierungen angestrebte wirtschaftliche Dividende durch die demografisch günstige Situation einer jungen Bevölkerung möglich werden. Die in Teilen des Sahel weit verbreitete Misswirtschaft muss bekämpft werden.

8. In dem zuvor beschriebenen Sinne sollte das entwicklungspolitische Engagement Deutschlands der EU und der internationalen Gemeinschaft ausgebaut werden, um einer weiteren Destabilisierung der Region präventiv entgegen zu wirken. Entwicklung und Sicherheit bedingen sich gegenseitig und Entwicklungszusammenarbeit kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Konflikte zu reduzieren und Anreize zur Anwerbung durch terroristische Gruppierungen zu mindern. Besonders wichtig ist es hierfür, das Vertrauen in den Staat zu stärken. Insbesondere lokale staatliche Institutionen sollten verstärkt unterstützt werden, um für die Bürger vor Ort Basisdienstleistungen wie sauberes Trinkwasser, Energie und medizinische Versorgung bereit zu stellen. Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven zu schaffen ist ebenfalls zentral. Die Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Akteuren soll weiter ausgebaut werden. Insbesondere die Land- und Ernährungswirtschaft hat ein großes Potential zur Sicherung von Einkommen und Schaffung von Lebensperspektiven und sind damit Alternativen zum Beitritt zu terroristischen Gruppierungen. Resilienz der lokalen Bevölkerung zu stärken sollte ebenso ein weiteres wichtiges Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit sein, wie scheinbar religiös motivierte Konflikte einzudämmen. Entwicklungszusammenarbeit sollte dabei unterstützen, Schocks durch Krisen und Extremwetterereignisse kurzfristig abzufedern und zur Ernährungssicherheit beizutragen. Weiterhin könnten Kooperationen im Bereich Energiegewinnung Impulse für eine wirtschaftliche Entwicklung setzen. Anrainerstaaten der G5 sollten ebenfalls verstärkt in den Blick genommen werden und insbesondere Grenzregionen durch Wirtschaftsförderung und Stärkung lokaler Verwaltung präventiv gestützt werden, um eine Ausweitung der Konflikte zu verhindern.

9. Eine Reform der Governance-Strukturen sollte auch mehr Transparenz und Kontrolle miteinschließen. Dazu gehört eine Stärkung der Zivilgesellschaft, denn mittel- und langfristig kann ein wirklicher Wandel hin zu mehr Transparenz und Effizienz nur durch den Druck der Zivilbevölkerung auf die eigenen Eliten erfolgen.

10. Noch ist unklar, welche humanitäre und volkswirtschaftliche Dimension die Corona-Krise für die Staaten der Region annehmen wird. Doch schon jetzt ist deutlich, dass die Bewältigung der Corona-Krise eine wichtige Bewährungsprobe für die Staaten der Region darstellen wird, die diese ohne internationale Unterstützung nicht bewältigen werden können. Ohne die Herausbildung von Staaten, die ihre Autorität landesweit durchsetzen können und zugleich von den Bürgern positiv wahrgenommen werden (und damit über die nötige Legitimität verfügen), wird sich jedoch der Erosionsprozess in der Region weiter fortsetzen. Zugleich müssen die internationalen Partner, die ebenfalls mit den Auswirkungen der Corona-Krise auf ihre Budgets und anderweitige Ressourcen zu kämpfen haben

werden, sich bewusst sein, dass ihr Engagement für den Sahel nicht leichtfertig durch Kürzungen zur Budget-Konsolidierung geschwächt werden darf.

11. Wichtiges Ziel des internationalen sicherheitspolitischen Engagements muss die Reformierung, Beratung, Ausbildung, Ausstattung und Befähigung der mit der Wahrung der öffentlichen Sicherheit beauftragten Institutionen der Sahelstaaten sein, einschließlich der Streitkräfte sowie der Polizei-, Justiz- und Vollzugsbehörden. Dies bedeutet auch eine Stärkung der staatlichen Strukturen in ihrer Gesamtheit, einschließlich der Ausübung des Gewaltmonopols. Die Staaten der Region müssen mittel- und langfristig in der Lage sein, die Sicherheit der Staatsgebiete nach Innen und nach Außen selbst zu gewährleisten und effiziente staatliche Leistungen für ihre Bürger bereit zu stellen. Internationales Engagement – gerade auch sicherheitspolitisches – kann und darf sich nur als Unterstützung begreifen.

12. Dementsprechend müssen die Mandate für die EU-Missionen EUTM sowie EUCAP Sahel Mali und EUCAP Sahel Niger und auch die bilateralen Ausbildungsprogramme angepasst werden. Dies betrifft sowohl ihre bisherige geographische Begrenzung (Ausweitung auf alle G5 Sahel-Staaten) wie auch ihren Auftrag (Beginn eines nicht-exekutiven Mentorings und einsatznäheren Beratung sowie Erhöhung der Zahl der Ausbilder im Verhältnis zur Force Protection Unit der EUTM). Nur dies versetzt die lokalen Kräfte in die Lage, sich weiter zu entwickeln und Erlerntes in der praktischen Anwendung zum Erfolg zu führen. Gleichzeitig können eigene technologisch überlegene Fähigkeiten punktuelle Unterstützung liefern, die die Durchsetzungsfähigkeit der lokalen Sicherheitskräfte entscheidend verbessert.

13. Deutschland verfügt mit der Ertüchtigungsinitiative über ein wertvolles Instrument. Die 2019 erfolgte Ausstattung eines malischen Regiments mit geschützten Fahrzeugen ermöglicht es diesem, effektiver in den Problemregionen zu operieren, und es stärkt den Eigenschutz und damit die Motivation der Soldaten. Sie dient damit auch dem Ziel, lokale Streitkräfte mittel- bis langfristig zu ertüchtigen. Dieses Ziel sollte von der internationalen Gemeinschaft in den G5 Sahel Staaten und perspektivisch auch anderen Staaten Westafrikas (Nigeria, Senegal, Küstenstaaten des Golfs von Guinea) stärker gefördert werden,

14. Das deutsche Engagement muss stetig evaluiert werden, um seine Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Die Ausweitung der Tätigkeiten der deutschen Soldatinnen und Soldaten auf Gesamt Mali sowie schrittweise auf alle G5 Sahel-Staaten wird eine größere Intensität des Einsatzes der Bundeswehr zur Folge haben. Darum muss die Bundeswehr mit weiteren Hochwertfähigkeiten vor Ort ausgerüstet werden, dies betrifft insbesondere den Bereich Schutz (Ballon und HERON TP) als auch den Bereich der medizinischen Evakuierung (MedEvac).

15. Der Analyse- und Handlungsrahmen der Krisen im Sahel sollte auf die Nachbarländer des Golfs von Guinea ebenso wie Westafrikas, insbesondere Côte d'Ivoire, Ghana, Togo, Benin und Senegal, ausgeweitet werden. Diese Staaten sind für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region überaus bedeutsam. Dort konzentrieren sich die – noch geringen – industriellen Strukturen und zentrale Infrastruktur (v.a. Häfen für den Export von Gütern und Rohstoffen). Die wirtschaftlich stärkeren Küstenstaaten wie die Côte d'Ivoire sind traditionell wichtige Zielländer für saisonale und dauerhafte Arbeitsmigration aus dem Sahel. Auch diese Wechselwirkungen müssen bei den Überlegungen zu einem verstärkten Engagement in der Region Westafrika im Blick bleiben. Um einer Ausbreitung von Konflikten und organisierter Kriminalität entgegen zu wirken, sollte auch das Engagement in diesen Staaten gestärkt werden. Die Einbeziehung des Privatsektors (in Deutschland und vor Ort) spielt hierbei eine zentrale Rolle.

16. Verstärkte Förderung der regionalen Verantwortung und Integration: Die wirtschaftlich starken und bisher stabilen Länder an der Küste Westafrikas sind in einen übergeordneten Lösungsrahmen miteinzubinden. Es liegt in ihrem eigenen Interesse, ein Übergreifen der Instabilität zu verhindern. Ihr Engagement sollte daher einerseits eingefordert, andererseits auch unterstützt werden. Dazu gehört auch, die regionale Integration Westafrikas als eine Voraussetzung der langfristigen Entwicklung der Region zu vertiefen.

17. Langfristig wird die Sahelregion nur dann nachhaltig stabilisiert werden können, wenn auch die nordafrikanischen Staaten des Maghreb eng eingebunden werden und ihrerseits stabilisierend wirken. Eine Bewältigung der Krise in Libyen wäre daher von zentraler Bedeutung für eine stabile Entwicklung des Sahel und die Bemühungen dafür sollten mit Kräften fortgesetzt werden. Auch Algerien spielt eine entscheidende Rolle, insbesondere im Rahmen des Friedensprozesses in Mali (Abkommen von Algier). Tunesien als einzige und hochfragile Demokratie im Maghreb gilt es ganz besonders und gezielt zu fördern im Aufbau resilienter demokratischer Strukturen und einer wettbewerbsfähigen mittelständischen Wirtschaft. Insbesondere diese Partner gilt es weiter eng einzubinden.

18. Die EU sollte als Teil einer neuen umfassenden Sahel-Strategie auch ein abgestimmtes Vorgehen als Antwort auf den Einfluss Chinas in der Region finden. Eine gemeinsame, zielgerichtete strategische Kommunikation der Initiativen gegenüber diesen afrikanischen Staaten sollte den Vorteil einer regelbasierten internationalen Ordnung hervorheben und die Wirkung des Engagements erhöhen. Ebenfalls sollte die EU gegenüber China langfristig einen Austausch zu Afrika vorantreiben, um mehr Vertrauen aufzubauen und das jeweilige Engagement aufeinander abstimmen zu können.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin